

So will Spitzenkandidat Tobias Schweiger die KPÖ in den Nationalrat führen

Nach dem Achtungserfolg in Salzburg will die KPÖ ins Parlament. Spitzenkandidat Schweiger erklärt, wie er den Kapitalismus ab- und einen neuen Menschen erschaffen will

Ein Prozent – das war jahrzehntelang das große Ziel. Wer bei Nationalratswahlen diese Hürde überspringt, bekommt nämlich eine Wahlkampfkostenrückerstattung. Der KPÖ gelang das oft nicht.

Vergangenen Sonntag, bei der Bürgermeisterstichwahl in Salzburg, stieg der dunkelrote Balken hingegen auf 37,5 Prozent. Das reicht nicht für den Bürgermeister, ist aber trotzdem ein beachtlicher Erfolg des Kommunisten Kay-Michael Dankl. Er ist nun Salzburger Vizebürgermeister. Zu seiner Wahlparty im Volksheim der Salzburger Kommunisten reiste nicht nur die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr an. Auch Tobias Schweiger, Spitzenkandidat der Kommunisten bei der Nationalratswahl, ist dabei.

Die Kommunisten wollen zurück ins Parlament, wo sie 1959 rausflogen. Schaffen soll das der bundesweit weitgehend unbekanntes Spitzenkandidat Schweiger. Seinen Marsch Richtung Parlament muss der dunkelrote Spitzenkandidat aber ohne den erfolgreichen Wahlkämpfer Dankl antreten. Der neue Salzburger Vizebürgermeister wird nicht in die Bundespolitik wechseln. Stattdessen kündigte Dankl noch am Wahlabend an, er plane auch als Vizebürgermeister einige Zeit in Babykarenz zu gehen und sich um seine Tochter zu kümmern.

Welche sind die Themen, mit denen die KPÖ die Vier-Prozent-Hürde in den Nationalrat überspringen möchte? Wie stellt sich Spitzenkandidat Schweiger die von ihm geforderte Überwindung des Kapitalismus konkret vor? Ein Gespräch.

Falter: *Ihr Ziel ist es, den Kapitalismus zu überwinden. Droht eine Revolution, wenn die KPÖ es ins Parlament schafft?*

Tobias Schweiger: Nein. Obwohl Revolutionen besser sind als ihr Ruf. Alleine die Tatsache, dass wir dieses Interview führen können, verdanken wir nicht zuletzt der Französischen Revolution. Heute wäre es aus meiner Sicht revolutionär, wenn die Menschen ihr Leben wieder in die Hand nähmen, an demokratischen Prozessen teilnähmen und die Gesellschaft so in eine faire, solidarische Richtung veränderten.

Was haben Sie gegen den Kapitalismus?

Schweiger: Vieles. Im Kapitalismus werden Menschen zur Ware degradiert. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Solange mehrere Machtblöcke auf Profit orientiert in einer begrenzten Welt gegeneinander arbeiten, gibt es einen Kampf um Ressourcen, der unweigerlich zu Krieg führt.

Erklären Sie so auch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine?

Schweiger: In Teilen sicher. Putin ist ein Diktator und Autokrat, dessen Macht sich auf einen Oligarchenkapitalismus und kulturpessimistischen Nationalismus aufbaut.

Sollte man nicht gerade deshalb der Ukraine im Kampf gegen Putin Waffen schicken?

Schweiger: Zu glauben, wenn man der Ukraine lange genug Waffen schickt, wird er kriegsmüde, ist eine Illusion. Krieg ist das Beste, was einem Autokraten passieren kann. So kann er die Leute unter Kontrolle

halten, indem er die russische Bevölkerung gegen einen Außenfeind vereint und so innere Probleme verdrängt. Wir müssen Putin zu Verhandlungen zwingen. Die derzeitigen Sanktionen tun das aber nicht.

Die KPÖ ist gegen die Russland-Sanktionen und kritisiert die Waffenlieferungen an die Ukraine. Wenn Sie ins Parlament einziehen, wird die KPÖ bei Ukraine-Abstimmungen immer gemeinsam mit der FPÖ sitzen bleiben. Stört Sie das nicht?

Schweiger: Die FPÖ und wir handeln aus ganz unterschiedlichen Motiven. Wir sind nicht gegen Sanktionen, aber diese müssen sich klar gegen Putins Machtbasis, die Oligarchen, richten. Wenn deren Reichtümer in Europa eingefroren werden, bekommt Putin Druck zu verhandeln. Aber das wollte man nicht. Dafür hätte man nämlich auch andere Vermögenswerte offenlegen müssen. Die FPÖ macht einen Kniefall vor Autokraten und bei der Neutralität interessiert sie nicht, was hinter ihrer Schrebergartenhecke passiert. Wir wollen hingegen, dass das neutrale Österreich eine aktive friedenspolitische Rolle in der Welt spielt.

Ihre Partei war extrem lange russlandtreu. Bis 1989 war die KPÖ glühende Verteidigerin von Stalins Terrorregime.

Schweiger: Es stimmt, die KPÖ hat viel zu lange die Verbrechen des Stalinismus geleugnet. Sie war aber nicht aktiv an diesen beteiligt. Trotzdem kann ich verstehen, dass es Menschen gibt, die mit Kommunismus eine autoritäre Ideologie verbinden. Aber autoritäre Potenziale gibt es in jeder Partei. Ich sehe unsere Aufgabe als KPÖ darin, Bedingungen zu schaffen, damit die Menschen ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen.

Was heißt das?

Schweiger: Ganz konkret, sich jenseits von Märkten zu organisieren. Das sind zum Beispiel die Nachbarschaftsküchen, die wir auch in Wien organisieren.

Das sind keine Almosen oder Armenausweisungen. Bei uns kommen Menschen aus verschiedenen Motiven zusammen, etwa weil sie vereinsamt sind oder weil sie sich das Essen nicht mehr leisten können. Sie kochen und essen gemeinsam. So entsteht ein demokratischer Raum.

Das klingt im Kleinen nett. Im Großen ist der Kommunismus mit seiner Planwirtschaft kolossal gescheitert.

Schweiger: Genau das war eben der Stalinismus und das ist das Gegenteil von dem, was wir wollen. Aber heute betreibt ein Konzern wie Amazon mit einer ausgeklügelten Logistik eine Art globale Planwirtschaft. Es wäre doch klüger, wenn der Staat dieses Wissen einsetzt, um das Leben möglichst vieler Menschen zu verbessern, anstatt dass einzelne Weltkonzerne unglaubliche Profite einfahren.

Das hat aber bisher nie funktioniert.

Schweiger: Also wenn ich mir anschau, was der Milliardär René Benko aufgeführt hat, im Vergleich dazu war die verstaatlichte Industrie in Österreich gar nicht so schlecht.

Benko ist aber die falsche Messlatte.

Schweiger: Nein. In letzter Instanz geht es darum, ob die Profite in die Taschen von wenigen fließen oder ob sie in der Gesellschaft bleiben und so ein besseres Gesundheits-, Pflege- und Bildungssystem ermöglichen. Das ist unser Ziel.

In Österreich führte das am Ende immer zur Parteibuchwirtschaft. Wie wollen Sie das verhindern?

Schweiger: Indem man kleinere Strukturen demokratischer Partizipation organisiert. Ein konkretes Beispiel ist der Umstieg in erneuerbare Energie durch Energiegenossenschaften, wo die Bevölkerung direkte Anteile bekommt und entscheidet, ob sie eher Windräder finanzieren will oder Balkon-Solarkraftwerke. Auch im

sozialen Wohnbau braucht es demokratische Mitbestimmung. Das gibt es zum Teil in Wien, aber es sind eher Bobo-Projekte für Leute, die sich das leisten können. Wir wollen, dass auch armutsbetroffene Menschen über die Gestaltung ihres Wohnraums mitbestimmen können, etwa in Form von Bürgerinnen- und Bürgerräten.

In Ihrem Parteiprogramm steht aber „Enteignung und Rekommunalisierung großer Immobilienkonzerne“.

Schweiger: Wenn es um Straßenbauprojekte geht, hat der Staat keine Probleme, Bauern ihr Land wegzunehmen. Da ist die Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen sinnvoller. Im Detail wird man sich anschauen müssen, ob und wie das rechtskonform möglich ist. Schon jetzt ist es möglich, dass Gemeinden ein Erstkaufsrecht auf Boden haben. So kann sich die öffentliche Hand Baugrund sichern, ohne bei jeder Spekulationsblase mitzumachen.

- **19.401 Salzburger** oder 37,5 Prozent wählten bei der Bürgermeisterwahl den Kommunisten Kay-Michael Dankl
- **32.736 Wähler** konnte die KPÖ bei der Nationalratswahl 2019 überzeugen. Das waren 0,7 Prozent der abgegebenen Stimmen
- **28,84 Prozent** erreichte die Grazer KPÖ 2021 bei der Gemeinderatswahl. Seitdem wird Graz kommunistisch regiert

Die KPÖ fordert eine Mietpreisbremse. Wie hoch soll die sein?

Schweiger: Langfristig wollen wir, dass niemand mehr als 25 Prozent seines Nettoeinkommens für Wohnen ausgeben muss. Wenn jemand im Penthouse wohnen will, sehr gerne. Aber für die breite Bevölkerung muss Wohnen wieder leistbar werden.

Also eine Art Extrasteuer für Penthousebewohner? Das klingt nach den 1920er-Jahren, als die SPÖ in Wien eine eigene Steuer auf Luxusaktivitäten einführte und damit den sozialen Wohnbau finanzierte.

Schweiger: Ich habe nichts gegen Luxussteuern, wenn dafür der tägliche Bedarf günstiger wird. Nur drei Prozent können sich zum Beispiel ihren eigenen Pool leisten. Mit dem Geld könnte man öffentliche Bäder errichten.

Klingt nach einer Verbotspartei.

Schweiger: Nein, gar nicht. Wer im Luxus leben will, muss mehr zahlen. Nur Privatjets würde ich nicht obszön hoch besteuern, sondern verbieten. Weil die zerstören aktiv die Umwelt für ihr privates Gaudium.

Auf wie viel Quadratmetern wohnen Sie?

Schweiger: In meiner Wohngemeinschaft teilen wir uns zu dritt neunzig Quadratmeter.

Glauben Sie echt, Kommunismus klappt?

Schweiger: Sonst wäre ich nicht Spitzenkandidat der KPÖ. Aber ich halte es auch für illusorisch, dass ein einzelnes Land den Sozialismus ausruft. Was es braucht, ist eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu einem neuen Menschenbild.

Wie soll dieser neue Mensch aussehen?

Schweiger: Es ist einer, der aus sich selbst heraus den Wunsch schöpft, sich frei zu entwickeln. So etwas lässt sich nicht vorschreiben. Unser Ziel ist es, Strukturen zu schaffen, die es jedem Menschen ermöglichen, das, was in ihr oder ihm als Potenzial steckt, entwickeln zu können. Das bedeutet zum Beispiel im Bildungsbereich die Verkleinerung der Klassen, Ganztagschulen und eine gemeinsame Schule. Das betrifft aber auch den Bereich Wohnen. Wie soll ein Kind, das mit seinen Eltern und

Geschwistern in einer viel zu kleinen Wohnung lebt, das keinen ruhigen Ort zum Nachdenken hat, wie soll dieses Kind sein Potenzial ausschöpfen?

Sie wurden 2017 von den Grünen ausgeschlossen. Blieb da eine Kränkung?

Schweiger: Nein. Wir wollten die Grünen verändern. Das ist uns nicht gelungen, im Gegenteil. In den vergangenen zehn Jahren haben sich dort noch viel stärker abgehobene, heuchlerische und selbstgefällige Personen durchgesetzt.

Die grüne EU-Kandidatin Lena Schilling dockte früher auch kurz bei der KPÖ an.

Schweiger: Stimmt. Aber sie hat bei uns nicht gefunden, wonach sie gesucht hat. Bei den Grünen anscheinend schon.

Die KPÖ fordert eine 30-Stunden-Woche bei vollem Gehalt. Beim derzeitigen Arbeitskräftemangel klingt das illusorisch.

Schweiger: Das ist nicht in allen Bereichen sofort umsetzbar, aber unser langfristiges Ziel. Die Pflege bräuchte zum Beispiel sofort eine Arbeitszeitverkürzung. Gleichzeitig würde das Gesundheitssystem zusammenbrechen, weil dort schon jetzt der Personalmangel so massiv ist. In der Pflege braucht es deshalb eine massive Attraktivierung des Jobs – mehr Gehalt und weniger Arbeitszeit. Aber insgesamt sind wir überzeugt, dass die Menschen weniger arbeiten sollten.

Nehmen Sie es mir nicht übel, aber so, wie Sie die Welt gerne hätten, das klingt irgendwie naiv.

Schweiger: „Um der Hoffnungslosen willen sei uns die Hoffnung gegeben“, lautet ein Zitat des Philosophen Walter Benjamin. Wer sieht, wie viel Elend es auf dieser Welt gibt, und gleichzeitig weiß, dass genug für alle Menschen da wäre, dem bleibt doch nichts anderes übrig, als für eine bessere Welt zu kämpfen.

Tobias Schweiger, 34, studierte Politikwissenschaft und Philosophie. 2010 gründete er die Jungen Grünen als Jugendorganisation der grünen Partei. 2017 flogen die Jungen Linken aus der Partei, weil sie versucht hatten, einen marxistischen Flügel aufzubauen. Sie fanden in der KPÖ eine neue politische Heimat. Seit 2021 ist Schweiger KPÖ-Bundessprecher. Bei der Nationalratswahl kandidiert er mit der Intensivpflegerin Bettina Prochaska als Spitzenkandidaten-Duo